

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.- M., monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis: Die abgedruckten Anzeigen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 30. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Streikerlaß aufgehoben.

Der aus Anlaß des Eisenbahnstreiks vom Reichswehrminister herausgegebene Streikerlaß ist am Sonntag abend aufgehoben worden.

Erklärungen General Smuts.

London, 28. Juni. (Reuter.) Der südafrikanische General Smuts erklärte auf Befragen einem Vertreter des Reuterschen Bureaus ...

Verfaßtes, 28. Juni. Dem „Le Temps“ veröffentlicht General Smuts eine Erklärung, die über seine von dem Reuterschen Bureau gemeldeten Äußerungen hinaus noch besagt: Der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht, und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt.

General Smuts hat bereits am Sonntagabend gleichzeitig mit seiner Unterschrift einen Protest gegen die Bestrafung des deutschen Kaisers und gegen einige andere Punkte des Vertrages abgegeben.

Umschwung in der Behandlung der Ehrenpunkte?

Die Auslieferung des Kaisers und der Offiziere. Amsterdam, 28. Juni. „Chicago Tribune“ schreibt: Seit Beginn der Konferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Auslieferung des Kaisers und gegen seine Beurteilung, weil kein Mittel besteht, um diesen Prozeß auf geordnete Weise zu führen und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märtyrer machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterstützen will.

„Ohne Abänderung oder Vorbehalt.“ Ein dringendes Gesuch Wilsons an das amerikanische Volk.

Washington, 28. Juni. (Reuter.) In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gerichteten Botschaft dringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und Völkerbundvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer neuen Ordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Bewusstseins- und allgemeine Befriedigung biete.

Die Wiener Presse und die Friedensunterzeichnung.

Wien, 28. Juni. Bei Besprechung der Unterzeichnung des Friedens in Versailles stellen die Blätter fest, daß der unterzeichnete Frieden schlecht für die Besiegten, schlecht für die Sieger und schlecht für die Gesamtheit der Völker ist, und daß der Protest des Generals Smuts der erste Schritt sei zur Beendigung des furchtbaren Totentanzes, der die Welt fünf Jahre in Atem hielt. Die „Neue Freie Presse“ sagt: Der Friede, der heute in Versailles geschlossen wurde, ist ein Meißel in der Entwicklung der Menschheit, weil durch den Vertrag eine Welt Herrschaft geschaffen wurde, wie unter Kaiser Adrian, als der Erdkreis den Römern untertan geworden war. Jetzt sind England und Amerika fast unbefangene Gebiete über viele hundert Millionen. Die sind Petrea zu Wasser und zu Lande. Der Friede wird sein, was England und Amerika aus ihm machen. Der schmerzreiche Tag für Deutschland ist vorüber. Es hat den Krieg verloren und ist grausam mißhandelt worden. Aber früher, als die Feinde denken, wird es auf seinem Wege in der Weltwirtschaft wieder zu finden sein.

Die „Arbeiterzeitung“ betont, daß dem Frieden vorläufig jede versöhnende Kraft mangelt. Das habe sich schon in dem äußerlichen Vorgang gezeigt, dem jedes warme hergliche Wort fehlte und der in seiner Kälte grausam gewirkt habe.

Schande, die ihresgleichen in der Welt sucht.

Stockholm, 27. Juni. Unter der Überschrift „Sieg und Schande“ führt Hauptmann Bjelke im „Aktionblatt“ aus: Die Entente hat physisch gesiegt, aber Deutschland hat, wie wohl nie zuvor ein besiegtes Volk, die ungetriebenen Sympathien der rechtlich denkenden Neutralen der Welt. Die Entente hat ihren Sieg auch in gewissem Grade moralisch gewonnen, wenn sie die zwei Entände in der Schulfrage und die Auslieferung des Kaisers, welche die deutsche Regierung in letzter Stunde machte, angenommen hätte. Aber dieser Appell Deutschlands an den Rest von menschlichen Gefühlen, der vielleicht noch bei den Moralpredikanten in Versailles zu finden war, wurde mit einem ebenso hartnäckigen wie unerhört dummen „Nein“ beantwortet. Damit hat die Entente ihren Sieg mit einer Schande besudelt, die ihresgleichen in der Weltgeschichte sucht.

Blutherrschaft in Budapest.

Terror und Todesurteile.

Wien, 28. Juni. Die „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, trafen heute etwa 40 Häftlinge aus Budapest in Wien ein, darunter mehrere namhafte Politiker und Parteiführer und viele Damen, die ohne Geld, nur um das Leben zu retten, die Heimat verlassen. Sie erzählen furchtbare Einzelheiten über die Schrecken in Budapest. Während ihrer Reise durch die Provinz konnten sie sich überall davon überzeugen, daß die Bauernschaft der Häterepublik harten Widerstand leistet. Die Budapest Bevölkerung beabsichtigt, sich an die Wiener Entente-Kommission zu wenden zur Bekämpfung der Bergwäldungen, Plünderungen und Morde in der Häterepublik, und um die unehrbare Bevölkerung gegen Plünderer zu schützen. In Budapest billigte Esamuch noch immer Todesurteile, die in seiner Gegenwart vollstreckt würden.

Italiens innere Schwierigkeiten.

„Avanti“ für ein Bündnis mit bisherigen Gegnern.

Rom, 28. Juni. Der Historiker Ferrero entwickelt im „Secolo“ ein träges Bild von der Zukunft Italiens. Die Ministerkrisis sei ein Beispiel der kommenden Schwierigkeiten. Die repräsentative Staatsform Italiens hätte völlig abgewirtschaftet. Es brohe ein Zusammenbruch. Zweifellos werde die Krise in Italien furchtbar sein; denn die Volkswut sei durch den Absolutismus der zahllosen Diktatoren aufgeweicht worden. Das Land stehe plötzlich vor unerreichten Schwierigkeiten, ohne führende Kräfte von besonderer Befähigung, ohne Ziele und Wege, ohne finanzielle Mittel und Verbündete. So habe das Volk nur von sich selbst die Rettung zu erwarten.

„Avanti“ erblidt in dem Kabinett Ritti-Tittoni einen Schritt zur Rückkehr zur Freiheit. Eine politische Krise könne nur vermieden werden durch ein Verbot, das die Produktionsquellen der Welt zum Allgemeinut mache. Italien solle sich daher mit gleichgestellten Mächten verbünden, die „Avanti“ bei den bisherigen Gegnern finden will.

Kein deutscher Soldat mehr in der Türkei.

Bremen, 28. Juni. Heute kam in Bremerhaven der russische Dampfer „Gül Djemal“ ein, der aus Konstantinopel den General von Arsch, den Chef der deutschen Delegation in Konstantinopel, die letzten noch im Kaukasus befindlich gewesenen Truppen und die letzten Mitglieder der Konstantinopler deutschen Kolonie in die Heimat geführt hat. Nach der Abfahrt der „Gül Djemal“ sind keine Deutschen mehr in der Türkei verblieben, so daß vorläufig das Deutschland im nahen Osten als ausgesprochener Angehörter werden muß. Die Zurückgekehrten erzählen, daß ihnen vor und bei der Abfahrt von allen Kreisen der Bevölkerung Konstantinopels zum Ausdruck gebracht worden ist, wie ungern sie die Deutschen scheiden sähen.

Von den deutschen in Südrussland gewesenen Truppen sind noch etwa 6000 Mann unter Führung des Admirals Höpman unter wenig angenehmen Verhältnissen in Saloniki Deutschland werden jetzt in Konstantinopel Schiffe zur Heimführung dieser Truppen gechartert. Der erste dieser Dampfer dürfte in etwa vierzehn Tagen an der deutschen Küste eintrafen.

Ein internationaler sozialistischer Untersuchungsausschuß!

Von Victor Schiff.

Nicht allein jeder Jurist, sondern auch jeder Mensch im normalen Rechtsbewußtsein wird dem sogenannten Schuldgeständnis, das Deutschland durch die erprechte Unterzeichnung des Artikels 231 abgeleitet haben soll, auch nur den geringsten moralischen Wert abstreiten müssen. Wenn dagegen etwas als Schuldgeständnis gelten könnte, so wäre es vielmehr die ständige Weigerung der Sieger, auf den deutschen Vorschlag eines internationalen unparteiischen Gerichtshofes zur Prüfung der Schuldfrage einzugehen. Wo ist das schlechte Gewissen zu finden, auf der Seite jener, die den Streikfall vor dem unparteiischen Richter austragen wollten, oder jener, die es vorgezogen, das Urteil mit einem drohenden Hinweis auf ihre intakten Millionenheere und auf die sofortige Wiederverhängung der Hungersblöcke selbst zu fällen? Die alliierten und assoziierten Mächte erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und dessen Bundesgenossen die Verantwortung tragen.

Wirden sich die Ententemächte jetzt ein, daß die Alliierten über die Schuldfrage damit endgültig geschlossen sind? Wir werden im Gegenteil schon dafür sorgen, ja, wir müssen dafür sorgen, daß der Schuldprozeß vor dem Weltgewissen und der Weltgeschichte heute lieber als morgen wieder aufgerollt werde. Wenn man die Wiederverhängung der Wälder einleiten wollte, ohne in der Schuldfrage wirklich reinen Tisch zu machen, so wäre es, als baute man eine Alibi-Hütte auf einem Sturmhaufen Stroh ohne jegliche Fundamente. Das wird übrigens einer der zahlreichen Gründe sein, weshalb der Wilsonsche Völkerbund toigeboren ist.

Wir stimmen mit den französischen Genossen der „Humanität“ und des „Populaire“ vollkommen darüber ein, daß der wahre, der einzige Bund der Völker nicht der ist, der im Versailles Vertrag einseitig skizziert wurde, sondern erst gegründet werden muß, und zwar durch die Internationale der Arbeiter. Diese allein besitzt das moralische Recht, die moralischen Mittel und die moralische Kraft, die große, leider wiederum verpönte Idee einer Gemeinschaft aller Völker zu verwirklichen. Aber ihre erste Aufgabe wird dabei diejenige sein müssen, der die Ententeregierungen aus guten Gründen entgegen dem wiederholten deutschen Vorschlag entgegen zu stehen, nämlich die Unterbindung der Schuldfrage. Das, was die bürgerlich-kapitalistischen Ententemächte abgelehnt haben, muß die internationale Sozialdemokratie durchführen: die Einsetzung eines gemischten unparteiischen Ausschusses, dem alle vorhandenen Kräfte, die zur Klärung der Schuldfrage beitragen können, ausgeliefert werden und der auszusprechen haben wird, wer an der Entstehung des Krieges schuldig und mitschuldig ist.

Wir sagen: alle vorhandenen Kräfte, denn es ist anzunehmen, daß die Alliierten sich wohl hüten werden, ihre Kräfte der Öffentlichkeit preiszugeben. Wir meinen aber, daß einem unparteiischen Ausschuss in dem s. B. Männer, wie Snowden, Enrico Ferri, Longuet, Gumpel, Trotski, Stanying, Roman Rolland, Serrati, MacDonald zusammen mit Vertretern der deutschen Sozialdemokratie (Mehrheit und Unabhängigen) und der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie sitzen würden, die Berliner und Wiener Kräfte ohne weiteres ausgehändigt werden könnten. Diese Männer würden stets genug Objektivität zu bewahren wissen, um nicht zu vergessen, daß wir allein unsere Archive geöffnet hätten, während die diplomatischen Dokumente des Quai d'Orsay und der Downing Street das Licht der Öffentlichkeit weiter scheuen würden. Da ferner eine Unmenge von amtlichen Schriftstücken in Petersburg durch die Sowjet-Regierung entfällt und in Brüssel und Nizza aufgefunden wurde, so wäre die Kommission jedenfalls arbeitsfähig und der Rücktritt der einseitigen Auslieferung für Deutschland gewissermaßen weggemacht.

Die Berner Konferenz im Februar dieses Jahres hat sich allerdings bereits mit der Schuldfrage beschäftigt, aber die diesbezügliche Debatte war noch etwas von den Leidenschaften des formell noch nicht abgeschlossenen Triages getrieben, sie war keine sachliche, sachliche Prüfung von Akten vorangegangen und die schließlich mühsam zustandekommene Resolution war absichtlich ziemlich nichtssagend und verfolgte offensichtlich den Zweck, die erste Sozialistenkonferenz seit Beginn des Krieges und die erste of me Ansprache nach aufheben einen etwas persönlichen Abschlus zu geben. Diese taktisch geschickte Oberflächlichkeit genügt aber nicht mehr. Jetzt stehen wir vor wichtigen neuen Tatsachen: die endgültige Weigerung der Alliierten, die Prüfung der Schuldfrage einem internationalen Gerichtshof





